



Verkehrsausschuss

11. Sitzung (öffentlich)

26. April 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:32 Uhr bis 15:39 Uhr

Vorsitz: Matthias Goeken (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW (beantragt von Gordan Dudas [SPD] [s. Anlage 1])	6
2	Zügigere Entfernung und Verwertung rechtswidrig abgestellter Kraftfahrzeuge mittels Beseitigungsanordnungen sowie Vollstreckung im Wege des Sofortvollzugs	20
	Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 18/3309	

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und die Details dazu im Rahmen einer Obleuterunde am Rande der nächsten Plenarsitzungen zu klären.

- 3 Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung in Nordrhein-Westfalen umsetzen!** 21
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2566
- Ausschussprotokoll 18/190
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, zu dem Antrag kein Votum abzugeben.
- 4 Leistungsfähigkeit des Rheins als Wasserstraße und logistische Lebensader erhalten** 22
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/611
- Ausschussprotokoll 18/172
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Verkehrsausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.
- 5 Sachstand und Entwicklungsperspektiven beim E-Tarif eezy.nrw (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])** 26
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1115
- Wortbeiträge
- 6 Lückenschluss der BAB46 zwischen Hemer und Arnsberg: Was gilt denn nun? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** 28
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1127
- Wortbeiträge

- 7 Sachstand Rheinbrücke der B288 in Krefeld** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **30**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1128
- Wortbeiträge
- 8 Verschiedenes** **32**
- a) Verlegung des Termins der Novembersitzung** **32**
- Der Verkehrsausschuss kommt überein, die für den 15. November 2023 geplante Sitzung auf den 8. November 2023 vorzuziehen.
- b) Sitzungstermine 2024** (*s. Anlage 5*) **32**
- Der Verkehrsausschuss bestätigt die vorliegenden Sitzungstermine für 2024 gemäß Anlage 5.
- c) Informationsreise zu den Seehäfen von Amsterdam und Rotterdam, 16./17. August 2023** **32**
- Der Verkehrsausschuss kommt überein, die Informationsreise durchführen zu wollen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Matthias Goeken (CDU) informiert, dass die Dringliche Frage von Herrn Dudas zu Beginn der heutigen Tagesordnung behandelt werde.

Gordan Dudas (SPD) beantragt einen Tonmitschnitt von diesem Tagesordnungspunkt.

Vorsitzender Matthias Goeken (CDU) sagt zu, diesen erstellen zu lassen; der Sitzungsdokumentarische Dienst sei technisch dafür gut vorbereitet.

1 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW (beantragt von Gordan Dudas [SPD] [s. Anlage 1])

Vorsitzender Matthias Goeken: Wir kommen nun zur Dringlichen Frage von Herrn Dudas – die Dringlichkeit hat sich ergeben, weil das Thema über die Medien bekannt geworden ist –: Inwiefern hat der ehemalige Verkehrsminister Hendrik Wüst Kampagnen zu Straßenbauprojekten für CDU-Abgeordnete aus seinem Ministerbüro organisiert? Mit Schreiben vom 25. April 2023 hat Herr Dudas diese Dringliche Frage gemäß § 59 der Geschäftsordnung des Landtages beantragt.

Diese Dringliche Frage habe ich zugelassen. Sie wird gemäß den Regeln zur Fragestunde, § 94 der Geschäftsordnung des Landtages, durchgeführt. Zur Erinnerung: Der Fragesteller kann drei Zusatzfragen stellen, alle anderen Mitglieder des Ausschusses haben das Recht, jeweils zwei Fragen zu stellen. Diese müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Hauptfrage stehen und dürfen jeweils nur einzelne und nicht unterteilte Fragen enthalten.

Zuerst erteile ich das Wort dem Minister, um die gestellte Frage zu beantworten.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der von der SPD-Fraktion gestellten Frage liegt ein Masterplan der vorherigen Landesregierung zugrunde. Das ist ein Instrument, mit dem die damalige Landesregierung seit 2018 die Vorhaben des Bedarfsplans für Bundesfernstraßen bearbeitet hat. Die Darstellungen der ausgewählten Maßnahmen erfolgten in einem Arbeitsprogramm. Ich würde – mit Ihrem Einverständnis, Herr Vorsitzender –, Herrn Dr. Mühl das Wort geben, der die Details und die Arbeitsweise zu diesem Masterprogramm vorstellen kann.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlich gerne. – Herr Mühl, bitte sehr.

LMR Dr.-Ing. Markus Mühl (MUNV): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen gerne darlegen, wie seinerzeit die Auswahl der Straßenbauprojekte des Masterplans zur Umsetzung des Bedarfsplanes für die Bundesfernstraßen erfolgt sind.

Dies geschah auf Basis fachlicher Kriterien. Seinerzeit ist schon dargelegt worden, dass es die Dringlichkeitseinstufung war, der aktuelle Planungsstand, die Vermeidung von Bauarbeiten auf parallelen Autobahnen und großen Straßenzügen sowie selbstverständlich Brückenerneuerungen und die Betrachtung von Korridoren als planerische Einheit. Besonders waren dabei Schwerpunkte aus dem vordringlichen Bedarf Engpassbeseitigung mit etlichen Einzelprojekten im Fokus. Dies wurde Ihnen in der Vorlage 17/428 am 8. Januar 2018 dargestellt.

Dann wurde 2019 mit der Vorlage 17/1655 der Stand der Abarbeitung des Arbeitsprogramms zum Masterplan gegeben. Dabei wurde dargestellt, dass fünf Maßnahmen aus dem Arbeitsprogramm herausgenommen wurden, weil sie mittlerweile unanfechtbares Baurecht hatten. Die Projekte waren die Anschlussstelle Greven bis DEK Brücke A1, die B51 Ortsumgehung Köln-Meschenich, die B67 Reken bis Dülmen, die B474

Ortsumgehung Dülmen Nordabschnitt und die B474 Ortsumgehung Datteln. Dadurch sind natürlich weitere Kapazitäten freigeworden. Gleichzeitig gab es auch 2018 aufgebaute Planungskapazitäten, die weiter genutzt werden sollten – für eine Intensivierung bereits laufender Projekte des Arbeitsprogramms, für die Umsetzung des Landesstraßenplanungsprogramms sowie auch für die Neuaufnahme von Projekten in das Arbeitsprogramm.

In der Folge wurden sechs Projekte neu aufgenommen. Das war der Ausbau der A565 Bonn-Hardtberg bis zur Anschlussstelle Bonn-Endenich. Es war die B288 – Ausbau bis zur A524 von der Ortsdurchfahrt Krefeld bis nach Duisburg-Serm. Es waren die B475 Ortsumgehung Beckum/Neubeckum, die Ortsumgehung B475 Ennigerloh bis Westkirchen, die B477 Ortsumgehung Rommerskirchen und die B528 Ortsumgehung Kamp-Lintfort. Die Begründungen für die Neuaufnahme der Vorhaben sind in der damaligen Vorlage dargelegt.

Dann wurde der nächste Bericht über den Fortschritt des Arbeitsprogramms am 2. März 2020 übergeben, Vorlage 17/3070. Hierin waren weitere Ausführungen zum Arbeitsprogramm enthalten. Herausgenommen wurden vier Vorhaben, weil unanfechtbares Baurecht vorlag. Das waren A1 AK Köln-Nord, A40 Anschlussstelle Duisburg-Homberg bis Duisburg-Häfen, A46 Westring bis Autobahnkreuz Wuppertal-Sonnborn, B54 B-Strecke bis zur B236 in Lünen. Hier wurden wieder neue Kapazitäten freigestellt, die wieder zur Intensivierung der laufenden Projekte und für die Umsetzung des Landesstraßenplanungsprogramms genutzt wurden. Aufgenommen in das Programm wurden die B51 Ortsumgehung Bergisch-Born und die B59 Ortsumgehung Allrath.

Anschließend wurde dann, wieder ein Jahr später, am 15. März 2021 mit der Vorlage 17/4895 über das Arbeitsprogramm 2021 berichtet. Hierin wurde zum Zuständigkeitswechsel auf die Autobahn ausgeführt, dass infolgedessen das Arbeitsprogramm nur für die Bundesstraßen aufgestellt wurde. Folgende Programme wurden im Laufe des Jahres 2020 neu in das Arbeitsprogramm aufgenommen: die Ortsumgehung Hennef/Uckerath B8 und die B63 Ortsumgehung Hamm mit den beiden Bedarfsplanabschnitten. Für diese beiden Maßnahmen wurden 2019 und 2020 mit den beteiligten Städten Planungsvereinbarungen abgeschlossen, sodass diese die Planungsleistung übernahmen. Auf die Aufnahme weiterer Vorhaben ins Arbeitsprogramm wurde damals verzichtet, um laufende Projekte zügiger voranzutreiben. Außerdem wurde in der Vorlage dargestellt, dass für zehn Autobahnvorhaben Planfeststellungsverfahren beantragt wurden. Dies waren im Einzelnen: A2 Ausbau des Autobahndreiecks Bottrop, A3 Ausbau des Autobahnkreuzes Kaiserberg, A3 Ausbau Autobahnkreuz Oberhausen bis zur Anschlussstelle Dinslaken-Süd, A30 Autobahnkreuz Lotte/Osnabrück bis Hasbergen-Gaste, A40 AK Kaiserberg bis Mülheim-Dümpten, A42 Bottrop-Süd bis AK Essen Nord, A45 Wilnsdorf bis Siegen-Süd, A45 Hagen bis AK Westhofen, A57 von Krefeld-Gartenstadt bis zum Autobahnkreuz Moers und A565 Bonn-Endenich bis zum Autobahnkreuz Bonn-Nord.

Diese prioritäre Einleitung der Planfeststellungsverfahren ist vorgenommen worden, um bei den sich in der Aufstellung befindlichen Fernstraßen die Kontinuität der Maßnahmen sicherzustellen, sodass hier die Vorhaben in einem kontinuierlichen Prozess weitergeführt werden konnten.

Der Streckenabschnitt der A45, in dem die Talbrücke Rahmede liegt, war zum damaligen Zeitpunkt planerisch noch nicht so weit fortgeschritten, als dass ein Planfeststellungsverfahren hätte eingeleitet werden können. Wenn das so gewesen wäre, wäre dieser Abschnitt mit der gleichen Priorität vorangetrieben worden.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. – Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Dudas, bitte sehr.

Gordan Dudas (SPD): Auch von mir vielen Dank für Ihre Ausführungen. – Aus der aktuellen Presseberichterstattung von T-Online vom 24. April geht hervor, dass vom Verkehrsministerium in dem von Ihnen erwähnten Rahmen des Masterplans zur Umsetzung des Fernstraßenbedarfsplans die gezielte Öffentlichkeitsarbeit für Abgeordnete der CDU-Fraktion gesteuert wurde. Unter anderem wird auch aus Unterlagen zitiert, die neu aufgetaucht sind, auch aus E-Mails. Da wird das Verkehrsministerium dementsprechend zitiert. Sie hat T-Online über das Informationsfreiheitsgesetz erhalten. Deren Existenz, Herr Minister, und die weiteren E-Mails haben Sie bislang auch immer negiert. Aus diesem Bericht geht auch hervor, dass acht von zehn Wahlkreisen eine entsprechende Bevorzugung erhalten haben sollen, nämlich explizit die von CDU-Abgeordneten, die neu in den Landtag eingezogen sind. Darüber hinaus soll es auch vom Verkehrsministerium eine Steuerung für diese CDU-Kampagne gegeben haben. Fotos liegen uns dementsprechend vor. Deswegen frage ich vor diesem Hintergrund und aufgrund Ihrer Ausführungen gerade: Ist aus Sicht der Landesregierung der Bericht von T-Online falsch?

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank, Herr Dudas, für die Frage. – Ich leite sie an den Minister weiter. Bitte sehr, Herr Krischer.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Danke, Herr Dudas, für die Nachfrage. Sehen Sie es mir nach: Da ich damals bei den Vorgängen nicht dabei war, fällt es mir naturgemäß etwas schwerer, dazu Stellung zu nehmen.

Herr Dr. Mühl hat den Masterplan dargestellt, und ich gehe davon aus, dass rund um die Maßnahmen auch eine Kommunikation stattgefunden hat. Ich muss Sie allerdings korrigieren: Die Unterlagen, über die jetzt in der Öffentlichkeit berichtet wird, sind nicht aufgetaucht, sondern die liegen einer IFG-Anfrage von Medien zugrunde, die wir zusammen mit anderen Häusern der Landesregierung ordnungsgemäß bearbeitet haben. Wir haben sie den Medien zur Verfügung gestellt.

Ich würde vorschlagen, dass wir diese Unterlagen dem Ausschuss zur Verfügung stellen und der Ausschuss und alle Mitglieder des Ausschusses sich dann ein Bild von diesen Unterlagen machen können, um das zu bewerten und einzuordnen. Das halte ich für ein sinnvolleres Vorgehen. Ich könnte das jetzt hier auch vorlesen. Ich könnte auch andere Dinge tun. Aber ich glaube nicht, dass uns das wirklich weiterbringt. Ich denke, die Zurverfügungstellung dieser Unterlagen ist das adäquate Mittel, um Ihre Fragen zu beantworten.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank, Herr Minister. – Ich glaube, es ist eine gute Vorgehensweise, dass allen Ausschussmitglieder diese Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Damit kann auch noch mal außerhalb der Presse das eine oder andere nachverfolgt werden. Die nächste Wortmeldung sehe ich von Frau Kahle-Hausmann, bitte sehr.

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Danke schön. – Der jetzige Landtagsdirektor und ehemalige Büroleiter von Herrn Wüst, Herr Dautzenberg, nimmt in dieser Berichterstattung eine relativ prominente Rolle ein. Nach dem Bericht von T-Online hat er die gesamte Zusammenarbeit zwischen den Bauprojekten im Verkehrsministerium und der CDU-Fraktion „orchestriert“; das ist das Originalwort. Dabei ist die Rede von eigens erstellten Baupostern und geplanten Fototerminen. Da würde ich schon ganz gerne wissen, wie genau diese Zusammenarbeit zwischen dem Verkehrsministerium und der CDU-Fraktion ablaufen kann, wenn doch eigentlich das Verkehrsministerium – – Das mögen Sie vielleicht jetzt nicht beantworten in dem Sinne, aber vielleicht können Sie das in irgendeiner Weise in den Hintergrund reingeben oder wie auch immer beantworten. Wie genau soll diese Zusammenarbeit abgelaufen sein, dass so eine Parteipolitik damit betrieben werden kann?

Vorsitzender Matthias Goeken: Ich danke für Ihre Frage. Ich will sie an Herrn Minister Krischer weitergeben, bitte sehr.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete, für die Nachfrage. – Ich glaube, ich habe den Text bei T-Online auch gelesen. Um das einzuordnen, ist es sinnvoll, sich die Unterlagen anzusehen und sich dazu dann entsprechend eine Meinung zu bilden und das auch zu bewerten. Das ist die sinnvollste Art. Ich sehe mich jetzt wenig imstande, einzelne Begrifflichkeiten, die möglicherweise auch der journalistischen Freiheit unterliegen, hier zu kommentieren oder nicht zu kommentieren. Sehen Sie es mir auch nach, dass es nicht zu meiner Aufgabe gehört, eine selbstverständlich stattfindende Öffentlichkeitsarbeit eines Ministeriums und eines Ministerbüros im Nachhinein hier in irgendeiner Weise zu bewerten, sondern deshalb haben wir vorgeschlagen, diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen, auf denen diese Berichterstattung fußt. Dann ist jeder in der Lage, sich ein Bild zu machen.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank für Ihre Antwort. – Als nächsten Fragesteller habe ich Herrn Rasche auf der Liste.

Christof Rasche (FDP): Herr Vorsitzender, vielen Dank. – Zunächst zwei Bemerkungen: Erstens wurde eine Phase geschildert in der nordrhein-westfälischen Verkehrspolitik, als es mit Straßenbaumaßnahmen voranging, als neue Maßnahmen in die Liste aufgenommen und weiterbearbeitet wurden.

Zweite Bemerkung. Minister Krischer hat gerade gesagt: Die Unterlagen wurden den Medien zur Verfügung gestellt. Und wenn der Ausschuss einverstanden wäre, würden

die Unterlagen auch dem Ausschuss zur Verfügung gestellt. Aus meiner Sicht, zumindest für die Zukunft, können Sie davon ausgehen: Dieses Einverständnis ist immer gegeben, dass Sie uns interessante Vorgänge und Erläuterungen immer einfach weiterreichen können, sogar ohne Erlaubnis. Dann hätten wir heute auch schon durchdiskutieren können und müssten das vielleicht im nächsten Ausschuss nicht wieder aufrufen.

Konkrete Frage: Sie haben mit Recht beschrieben, dass die Vorgänge des Vorgängers natürlich von Ihnen schwer zu bewerten sind. Das ist ja auch nicht Ihre Aufgabe. Aber ich frage Sie nach Ihrem Selbstverständnis heute. Ist es Ihr Selbstverständnis, dass Ihr Ministerbüro heute einzelne Werbekampagnen einzelner Fraktionen oder Parteien organisiert, so wie es hier der Fall zu sein scheint bzw. ist? Oder ist es Ihr Selbstverständnis, das nicht zu tun, dass hier schon die Gewaltenteilung herrscht, dass Fraktionen und Parteien das selbst organisieren und sich ein Ministerbüro bzw. sogar der Minister selbst da selbstverständlich raushält?

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank, Herr Rasche, für Ihre Frage. – Dann erteile ich das Wort wieder Herrn Minister Krischer.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Herr Abgeordneter Rasche, zur Frage der Zurverfügungstellung der Unterlagen: Wir haben diese Dringliche Anfrage gestern bekommen, gestern. Sehen Sie es uns bitte nach: Jetzt ist heute. Unser Ministerium arbeitet schnell, sehr schnell. Das stellen wir Ihnen jetzt zur Verfügung. Wir müssen uns auch erst einmal mit dem Sachverhalt auseinandersetzen. Und ich glaube, mehr Transparenz kann man an der Stelle nicht machen. Alle hier sollen die Möglichkeit haben, zu sehen, was Grundlage dieser Berichterstattung ist.

Was die Kommunikation angeht: In meinem Haus wird es selbstverständlich so gehandhabt, dass wir die Kommunikation im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben machen. Ich gehe davon aus, dass das auch in der Vergangenheit immer passiert ist, dass entsprechende Regeln eingehalten worden sind und dass über Maßnahmen der Landesregierung kommuniziert wird. Das ist ja kein Geheimnis und eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit, die, glaube ich, von allen, die hier in der Vergangenheit an Regierungen beteiligt waren, und auch in allen Häusern immer so praktiziert wurde.

Wie gesagt, um sich dann ein Bild darüber zu machen, was hier wo im Einzelnen gemacht worden ist, stellen wir die Unterlagen zur Verfügung.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank. – Als Nächsten habe ich Herrn Cordes von der SPD-Fraktion auf der Rednerliste. Bitte sehr.

Frederick Cordes (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich knüpfe an die Frage von Herrn Rasche an und würde Sie gerne fragen, Herr Minister: Nach welchen Kriterien machen Sie das denn jetzt? Ich verstehe auch, dass Sie schlecht bewerten können, was Ihr Vorgänger gemacht hat. Aber gibt es Kriterien, nach denen Sie sich richten –

Stichworte: Priorisierung oder Einmischung in die Öffentlichkeitsarbeit? Sie haben gerade gesagt, Sie hielten sich an den gesetzlichen Rahmen. Das finde ich gut; das sollten wir alle tun. Aber gibt weitere Kriterien, wo Sie da einwirken oder so? Mich würde der Unterschied zwischen Ihrem Vorgänger und Ihnen interessieren. Dann bekommen wir das bewertet, wenn wir auch die Unterlagen haben.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank, Herr Cordes, für die Frage. – Ich erteile dem Minister das Wort. Bitte sehr, Herr Krischer.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Herr Abgeordneter, danke für die Frage. Ich verstehe die Frage allerdings nicht so ganz, insbesondere nicht, was Sie mit „Kriterien“ meinen. Selbstverständlich macht der Minister Öffentlichkeitsarbeit. Diese ist in den Medien nachzulesen. Die ist in Pressemitteilungen nachzulesen. Die findet sich auf Social-Media-Kanälen usw. Das ist meiner Ansicht nach eine Form der Öffentlichkeitsarbeit, die selbstverständlich ist. Das kann man dann auch entsprechend beobachten, denn sonst würde es sich ja nicht um Öffentlichkeitsarbeit handeln. Was Sie da jetzt mit „Kriterien“ meinen, erschließt sich mir jetzt nicht unmittelbar. Oder Sie müssten es konkretisieren.

Vorsitzender Matthias Goeken: Da Herr Cordes noch einmal auf der Rednerliste steht, frage ich ihn: Ist Ihre Frage direkt dazu?

Frederick Cordes (SPD): Ja, ich möchte das konkretisieren.

Vorsitzender Matthias Goeken: Dann ist das vielleicht einfacher, bevor wir die nächste zulassen. Wenn die SPD-Fraktion nichts dagegen hat, dann bitte Herr Cordes zur Nachfrage.

Frederick Cordes (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich versuche es mal ein bisschen konkreter. Mir ist aufgefallen, dass zum Beispiel bei dem Projekt der B528 Ortsumgehung Kamp-Lintfort Presse gemacht worden ist – von Verkehrsminister Wüst damals. Dort war unter anderem die Landtagsabgeordnete Charlotte Quik auf dem Foto – und nicht der gewählte Wahlkreisabgeordnete der SPD, René Schneider. Das muss ja nach irgendwelchen Kriterien in der Öffentlichkeitsarbeit gelaufen sein. Und nach solchen Kriterien habe ich Sie gefragt. Das meinte ich konkret. Ob sich der Stil geändert hat oder ob das der gleiche Stil geblieben ist wie beim Vorgänger – das konkret.

Vorsitzender Matthias Goeken: Dann würde ich die Frage an Herrn Krischer weiterleiten. Bitte.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herr Vorsitzender! Herr Abgeordneter, zu dem konkreten Fall, der die vergangene Legislaturperiode betrifft, kann ich Ihnen keine Auskunft geben. Insofern verweise ich da – ich weiß gar nicht, ob dazu etwas dabei ist –,

auf die Unterlagen, die wir Ihnen gerne zur Verfügung stellen. Darüber hinaus praktizieren wir es natürlich so – das macht mein Haus; das kann ich nur für die Jetzt-Zeit sagen –, dass wir selbstverständlich bei Terminen Abgeordnete, lokale Wahlkreisabgeordnete, wenn das Ihre Frage ist, oder zuständige Abgeordnete entsprechend über öffentliche Termine des Ministers informieren. Wenn Sie das meinen als konkrete Frage im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank. – Herr Cordes hat damit auch zwei Fragen gestellt. Jetzt würde ich aber erst noch einmal Herrn Dudas zulassen.

Gordan Dudas (SPD): Herr Minister, Sie hatten eingangs gesagt, dass uns Abgeordneten die Unterlagen nicht vorliegen. Das ist richtig, und deswegen können wir sie auch nicht bewerten. Und deswegen fragen wir Sie auch, denn die Unterlagen liegen ja dem Ministerium vor. Deswegen fragen wir dementsprechend nach Ihrer Bewertung, denn Sie müssten die Unterlagen ja dementsprechend als verantwortlicher Minister kennen. Deswegen möchte ich von Ihnen gerne wissen: Wie bewertet das Verkehrsministerium, dass Hendrik Wüst als Verkehrsminister offenbar Straßenbauprojekte in CDU-Wahlkreisen priorisiert hat?

Vorsitzender Matthias Goeken: Bitte sehr, Herr Krischer.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Danke, Herr Vorsitzender. – Herr Abgeordneter, herzlichen Dank für die Frage. In der Tat ist es so, dass ich nicht alle Unterlagen kenne, die in meinem Haus vorliegen, und mich damit jetzt auch nicht in der Rückschau unbedingt proaktiv beschäftige. In dem konkreten Fall ist es sogar so, dass die Unterlagen im Ministerbüro des ehemaligen Verkehrsministeriums vorlagen. Rechtsnachfolger ist das MLV. Insofern lagen die Unterlagen dort vor. Und insofern haben wir diese gemäß einer ordentlichen Bearbeitung der IFG-Anfrage dann entsprechend weitergeleitet.

(Gordan Dudas (SPD): Landwirtschaftsministerium?)

– Das ist ja der Rechtsnachfolger.

(Julia Kahle-Hausmann (SPD): MLV? Wirklich?)

– Das ist der Rechtsnachfolger des Verkehrsministeriums, weil die Zentralabteilung immer die Abteilung ist, die am Ende das aufnehmende Haus ist. Das können Sie im Organisationserlass der Landesregierung nachlesen. Und die Unterlagen hier sind, wie bei Öffentlichkeits- und Presseterminen üblich; davon gehen wir aus, im Ministerbüro bearbeitet worden und lagen deshalb beim MLV vor.

Vorsitzender Matthias Goeken: Das waren jetzt fast zwei Fragen beantwortet, auch wenn von Frau Kahle-Hausmann nur einmal kurz gefragt worden ist.

(Julia Kahle-Hausmann (SPD): Oh mein Gott!)

– Nein, aber die Frage war schon beantwortet damit, dass der Rechtsnachfolger ...

(Julia Kahle-Hausmann (SPD): Ich hatte an einen Versprecher geglaubt! Entschuldigen Sie bitte!)

– Alles gut. – Dafür ist das klargestellt worden, Ergänzungsfrage, okay?

Als Nächsten habe ich Herrn Börner auf der Liste, bitte sehr.

Frank Börner (SPD): Ich habe eine Nachfrage. Offenbar hat Hendrik Wüst, der damalige Verkehrsminister, einige Bauprojekte aus parteipolitischen Gründen priorisiert. Gleichzeitig hat er im „Westfälischen Anzeiger“ gesagt, dass eine Priorisierung von solchen Projekten ausschließlich nach fachlicher Entscheidung von Experten getroffen wird. Wie schätzen Sie die Situation früher ein, wie priorisiert wurde, nach welchen Kriterien, und wie schätzen Sie ein, wie heute und in Zukunft eine Priorisierung von Bauprojekten erfolgen wird?

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank für Ihre Frage, Herr Börner. – Ich darf das Wort Herrn Krischer übergeben. Bitte sehr.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Herr Abgeordneter, Sie fragen jetzt wieder danach, wie ich etwas bewerte in einer allgemeinen Art und Weise. Ich kann da nur anempfehlen, sich entsprechend die Unterlagen anzusehen. Wenn der Anlass für Ihre Frage die aktuelle Berichterstattung ist, ist es gut, sich hiervon ein Bild zu machen. Es steht mir in keiner Weise zu, das jetzt hier zu bewerten oder zu interpretieren. Und ich glaube: In dieser allgemeinen Form ist das hier auch nicht sinnvoll, sondern es sollte auf Basis der von uns zur Verfügung gestellten Unterlagen geschehen.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank, Herr Minister, für die Beantwortung. – Als Nächste habe ich auf der Liste Frau Stamm von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Christin-Marie Stamm (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrter Herr Minister, ich habe eine ganz konkrete Frage: Welche Straßenbauprojekte hat die Landesregierung seit Beginn der Legislaturperiode in Wahlkreisen von Grünen- und CDU-Abgeordneten priorisiert?

Vorsitzender Matthias Goeken: Herr Minister, bitte sehr.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Frau Abgeordnete, habe ich die Frage richtig verstanden, welche Straßenbauprojekte in Wahlkreisen von CDU- und Grünen-Abgeordneten?

Vorsitzender Matthias Goeken: In dieser Periode.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Frau Abgeordnete, dazu müssten wir uns mit den zahlreichen Straßenbauprojekten in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzen, die wir bearbeiten, planen und die landesweit stattfinden. Eine Priorisierung nach Wahlkreisen – ich gehe davon aus, Sie meinen Wahlkreise, die CDU- und Grünen-Abgeordnete gewonnen haben –

(Carsten Löcker (SPD): Oh, das ist uns eigentlich egal!)

findet in unserem Hause nicht statt.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank für die Beantwortung. – Als Nächsten haben wir Herrn Löcker von der SPD-Fraktion auf der Rednerliste, bitte sehr.

Carsten Löcker (SPD): Ich will diese Sache noch etwas konkreter machen. Wir haben aktuell auch einen Vorgang rund um 66 Bundesfernstraßenprojekte, die mit Blick auf die Berliner Ansage vom Ministerium priorisiert werden müssen. Bisher sehen wir die Situation so, dass es eigentlich gar keine Antwort geben kann – noch bis kurz vor Schluss. Wenn es eine gibt, wäre es gut, wenn man das transparent machen würde, denn mit Blick auf die Vorkommnisse mit Fotoshooting und Co. ist jetzt sozusagen erlaubt, noch einmal nachzufragen: Wie läuft das Verfahren eigentlich? Und Sie sind sicher in der Lage, darauf ganz konkret eine Antwort zu geben, wie Sie die Dinge priorisieren, damit Sie antworten können, bis die Frist abgelaufen ist. Oder Sie sagen uns heute, Sie priorisieren und antworten überhaupt nicht. Dann ist das mit Blick auf das, was wir von der CDU gesehen haben, auch eine Antwort.

Vorsitzender Matthias Goeken: Darin habe ich auch keine Frage erkannt.

Carsten Löcker (SPD): Doch, die Frage ist schon klar, wie Sie das in diesem Verfahren bei den 66 Bundesfernstraßen, die jetzt durch Berlin abgefragt worden, sehen, wie Sie da priorisieren und wie Sie das Verfahren in dem Zusammenhang erledigen. Denn es ist erlaubt, mit Blick auf das nachzufragen, was in der Vergangenheit gelaufen ist: Gibt es da noch öffentliche Auftritte? Gibt es da überhaupt eine Antwort? Das wird uns interessieren. Mit Blick auf die Bewertungen dieser Vorgänge ist völlig klar: Wenn Sie einen anderen Standard setzen wollen, dann können Sie uns daran heute mal teilhaben lassen. Dann wissen wir sozusagen, wo die Unterschiede sind. Das nachzufragen, ist auch erlaubt.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herr Löcker, die Fragen für eine Fragestunde sind schon sehr eingegrenzt.

(Carsten Löcker (SPD): Das ist aber passend zu der Sache!)

Das Thema, das Sie jetzt aufrufen, ist ein anderes. Das will ich zumindest, bevor der Minister das Wort dazu hat, klarstellen. Hier geht es um die Frage, die Herr Dudas eingereicht hat. Da geht es um Straßenbauprojekte aus der Vergangenheit und nicht um welche in der Zukunft. Bitte, Herr Minister.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herr Vorsitzender, Herr Abgeordneter, selbstverständlich beantworte ich diese Frage gerne, auch wenn sich mir nicht unmittelbar erschließt, in welchem Zusammenhang sie jetzt zu der Dringlichen Frage steht. Aber es ist so, dass der Bundesverkehrsminister uns vor Kurzem angeschrieben und mitgeteilt hat, dass der Koalitionsausschuss auf Berliner Ebene eine Liste von Projekten identifiziert hat, zu der er darum bittet, unser Einvernehmen oder Nicht-Einvernehmen zu erteilen. Wir haben daraufhin dem Bundesverkehrsminister Fragen gestellt, welche Konsequenzen diese Einvernehmens- oder Nicht-Einvernehmenserteilung hat, unter anderem auch im Hinblick auf die Planungsstände der einzelnen Projekte usw. usf. Bislang sind bei uns die Antworten des Bundesverkehrsministeriums trotz Zusage noch nicht eingegangen. Insofern kann auch hier im Moment noch keine Entscheidung getroffen werden.

Zu Ihrer Frage nach Presseterminen an diesen Autobahnabschnitten, um die es da geht, muss ich sagen: Der Minister zumindest plant hier nicht, und, wie ich glaube, auch niemand aus unserem Ministerium; ich wüsste jedenfalls niemanden.

(StS Viktor Haase (MUNV): Ich auch nicht!)

– Auch der Staatssekretär bestätigt gerade, dass wir hierzu keine Pressetermine oder dergleichen planen.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank für die Auskunft. – Als Nächsten habe ich für eine zweite Frage Herrn Kollege Rasche, FDP-Fraktion, auf meiner Liste. Bitte sehr.

Christof Rasche (FDP): Herr Vorsitzender, das ist nett. – Vorweg: Ich finde es gut, dass der Minister klargestellt hat, dass sich in seinem Büro an Gesetze und Regeln gehalten wird. Und er geht davon aus, dass das vorher auch der Fall war. Selbstverständlich.

Was T-Online schildert, nämlich, dass aus einem Ministerbüro Fotoshootingtermine und andere Sachen organisiert werden, bedeutet, man hätte sich sicherlich nicht an die Regeln gehalten, aber ob das dann so ist, wird man vermutlich sehen.

Dass Unterlagen, wie Sie es geschildert haben – das war sicherlich für uns neu – im MLV abgelegt sind und dass der Arbeitsvorgang sich dann ein bisschen anders gestaltet, ist für uns – noch einmal – in der Tat neu. Aber immerhin, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Unterlagen sind nicht gelöscht; sie sind da. Das ist doch auch schon etwas.

(Heiterkeit SPD)

Frage – vielen Dank, dass Sie eben geschildert haben, dass Sie ganz schnell die Fragen beantwortet haben; Entschuldigung, das wusste ich so nicht –: Sie haben gesagt, dass die Medien gestern Informationen erhalten haben. Vielleicht gab es ja auch mehrere Nachfragen. So habe ich Sie gerade verstanden. Aber T-Online hat ja schon vorgestern berichtet. Deswegen die Frage – vielleicht wissen Sie es oder Ihre Kollegen in der Bank dahinter –: Wann sind denn die Fragen eingegangen, und wann wurden sie wirklich beantwortet?

Vorsitzender Matthias Goeken: Herr Kollege Rasche, die Dringliche Frage ist gestern hier eingegangen – ich denke, das steht im Zusammenhang mit dem Presseartikel von T-Online. Das kann der Minister oder das Ministerium vielleicht beantworten, wann die Anfrage von T-Online beim Ministerium für die Unterlagen war; das kann man ja vielleicht wissen. Nur das ist der Unterschied: Die Dringliche Frage war gestern. Sie ist heute auf der Tagesordnung. Daraufhin hat der Minister sofort geantwortet und hat gesagt, dass die Unterlagen, die auch der Presse zugeleitet worden sind, uns dann auch zugeleitet werden. – So viel.

Aber Herr Krischer, vielleicht können Sie dazu etwas sagen. Bitte sehr.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Herr Abgeordneter, wir erhalten eine Vielzahl von Anfragen nach IFG. Es ist in unserem Haus – ich gehe davon aus: in anderen Häusern der Landesregierung auch – Alltagsgeschäft, dass Anfragen nach IFG beantwortet werden und dass wir diese Informationen auf Basis der gültigen Regelungen der Gesetze nach bestimmten Regeln zur Verfügung stellen. Es ist natürlich nicht an uns, darüber zu entscheiden, was wir dann gegebenenfalls auch dem Landtag zur Verfügung stellen. Was ich eben erläutert habe, ist die Dringliche Frage der SPD, die uns gestern erreicht hat. Wann die Medien eine entsprechende IFG-Anfrage an unser Haus gestellt haben, müsste ich jetzt in der Tat nachfragen. – Wir haben es jetzt hier. Die Anfrage ist gestellt worden am 26. Januar, und die Informationen sind den Anfragenden am 27. März zur Verfügung gestellt worden.

(Christof Rasche (FDP): Vielen Dank!)

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank, Herr Minister, für die Antwort auf die Frage. – Als Nächste habe ich Frau Kahle-Hausmann mit der zweiten Frage auf der Liste. Bitte sehr.

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Danke schön, Herr Vorsitzender. – Herr Minister Krischer, ich versuche es jetzt mal – das ist keine Bewertungsfrage; da sind Sie schon mal raus –: Welche Leistungen für die Öffentlichkeitsarbeit stellte das Verkehrsministerium CDU-Abgeordneten bei Bauprojekten im Rahmen des Masterplans für Fernstraßen in der vergangenen Legislaturperiode zur Verfügung? Von Postern wissen wir, von Fotoshootings wissen wir in Teilen. Ich kann nicht glauben, dass Sie nach diesem Bericht von T-Online – Sie vielleicht, weil Sie sehr viel zu tun haben, die anderen in Ihrem Ministerium auch ... Aber dass niemand alles durchgelesen hat und im Bilde ist, welche Leistungen darüber hinaus möglicherweise noch erbracht wurden, die möglicherweise in Ihrem Haus jetzt nicht mehr so erbracht werden würden. Könnten Sie dazu eine Antwort geben?

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank, Frau Kahle-Hausmann, für Ihre zweite Frage. – Herr Minister, bitte sehr.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Frau Kahle-Hausmann, danke für die Frage. Ich kann da wieder nur auf die Unterlagen verweisen,

weil das, was Sie jetzt in die Frage formuliert haben, was zur Verfügung gestellt wird, sich möglicherweise dann bei Sichtung der Unterlagen für Sie dann entsprechend darstellen wird. Dann können Sie selbst Ihre Schlüsse und Bewertungen daraus ziehen, was praktiziert worden ist und was nicht. Leistungen stellen die Landesregierung und mein Haus nicht zur Verfügung. Vielmehr tun wir dem Informationsrecht und dem Beteiligungsrecht der Abgeordneten Genüge.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank, Herr Minister, für die Beantwortung. – Als Nächsten habe ich Herrn Dudas mit der dritten Frage auf der Liste. Bitte sehr.

Gordan Dudas (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Herr Minister, es ist anerkennenswert, dass Sie für mögliche Verfehlungen Ihres Vorgängers hier natürlich Rede und Antwort stehen. Aber nichtsdestotrotz glaube ich, ist es wichtig, dass wir die Situation an dieser Stelle auch dementsprechend aufklären. Und ich glaube, wir sind uns hier alle einig – Sie und ich und andere auch –, dass die Landesregierung überparteilich agieren muss – unabhängig davon, welches Ministerium das ist. In diesem Zusammenhang möchte ich wissen, wie sich die Priorisierung und die Öffentlichkeitsarbeit explizit für CDU-Wahlkreise mit der Arbeit des Ministeriums vereinbaren lässt und wie das Ministerium gedenkt, diesen Sachverhalt, der jetzt in der Öffentlichkeit steht, aufzuarbeiten und aufzuklären.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank, Herr Dudas, für die dritte Frage. – Herr Minister, bitte sehr.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. – Herr Abgeordneter Dudas, Sie fragen danach, wie dieser Vorgang, der jetzt hier in Rede steht, aufgeklärt werden soll.

(Gordan Dudas (SPD): Hausintern!)

– „Aufgeklärt werden soll“ – nach ihrer Wortwahl. Sie beziehen sich auf die Berichterstattung, die dazu stattgefunden hat. Und wir, ich wiederhole das, haben angekündigt und werden es entsprechend auch kurzfristig umsetzen, dass Sie auf die dieser Berichterstattung zugrunde liegenden Informationen zugreifen können. Damit denken wir, dass wir dem Aufklärungsinteresse des Ausschusses und der Abgeordneten Genüge tun, indem Sie die dieser Berichterstattung zugrunde liegenden Unterlagen dann entsprechend bekommen. Und selbstverständlich arbeitet die Landesregierung nach dem entsprechenden Neutralitätsgebot auch überparteilich, was Abgeordnete angeht. Das ist an einer Vielzahl von Stellen auch sehr deutlich zu sehen.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank, Herr Minister. – Als nächsten Redner habe ich Herrn Olaf Lehne, CDU-Fraktion, auf der Liste.

Olaf Lehne (CDU): Ich mache keinen Hehl daraus, dass mir gerade ein bisschen der Kragen platzt. Es gibt das Neutralitätsgebot einer jeden Landesregierung; daran hat sich jeder zu halten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass jeder von Ihnen, der da drüben sitzt, weiß: Wenn der Minister bei Ihnen vor Ort ist, werden natürlich die Fotos auch mit Ihren Leuten gemacht, wie sie bei uns auch mit unseren Leuten gemacht werden. Wenn jemand anderes dazu kommt, gerne. Das ist nie das Problem gewesen.

Und wenn ich dann den Vorwurf höre, dass eventuell einmal in einem Wahlkreis jemand nicht mit aufgenommen worden ist, stellt sich mir zunächst die Frage: Wo war denn Ihr Abgeordneter? War er überhaupt vor Ort? Hat er sich um den Termin gekümmert? Hat er sich um seinen Wahlkreis gekümmert? Hat er den Minister überhaupt aufgesucht? Hat er mit dem Minister gesprochen? Hat er versucht, mit auf das Foto zu kommen? Das ist doch nicht die Aufgabe eines Ministers, geschweige denn eines Ministers hier vor Ort, Ihnen insofern Rede und Antwort zu stehen. Was Sie hier machen, ist lächerlich.

Vorsitzender Matthias Goeken: Herr Lehne, das war keine Frage – das muss ich hier anmerken –, sondern eine Feststellung. Als Nächsten habe ich Herrn Löcker mit der zweiten Frage. Bitte sehr.

Carsten Löcker (SPD): Auf den Einwand muss ich doch noch kurz eingehen und die Frage stellen: Wo sind denn die Fotos gemacht worden – im Wahlkreis oder hier im Haus? Kann man darauf eine Antwort bekommen? Denn hier wurde ja gerade vorgebracht, dass die im Wahlkreis ...

(Olaf Lehne (CDU): Woher soll der Minister das denn wissen?)

– Herr Lehne, wir befinden uns gerade in meinen Fragesatz, bitte. Das können Sie gleich gerne nacharbeiten. – Ich hätte gerne eine Antwort darauf, wo die Fotos gemacht worden sind: hier im Haus oder im Wahlkreis? Das würde mich interessieren, damit wir auch die Frage von Herrn Lehne ordentlich einordnen können.

Vorsitzender Matthias Goeken: Ich übergebe die Frage an Herrn Minister. Bitte sehr.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herr Vorsitzender! Herr Abgeordneter, ich weiß jetzt nicht genau, welche Fotos Sie meinen, die gemacht worden sind.

(Zuruf SPD: Die aus dem Artikel!)

Ich kann nun mal, wenn es um die um Fotos gehen soll, die Gegenstand einer aktuellen Berichterstattung sind, darauf verweisen, sich die Unterlagen anzusehen. Möglicherweise wird sich das dann für Sie auflösen. Wenn Sie fragen, wo Verkehrsminister Oliver Krischer Fotos macht, sage ich Ihnen: Der macht Fotos hier im Haus. Der macht Fotos in Wahlkreisen. Der macht Fotos im Ministerium. Ich erlebe, dass CDU-Abgeordnete auf diesen Fotos sind. Ich habe viele Fotos mit SPD-Abgeordneten gemacht, sogar mit SPD-Mitgliedern, neulich im Rheinisch-Bergischen-Kreis.

(Carsten Löcker (SPD): Was?)

Ich mache hin und wieder auch Fotos mit grünen Abgeordneten. Ich glaube, ich habe sogar schon Fotos mit Herrn Rasche gemacht. Ich glaube es; er nickt. Ich glaube, es wird sich kaum jemand hier in diesem Raum finden ...

(Christof Rasche (FDP): Aber was heißt denn hier „sogar“? – Gordan Dudas (SPD): Das „sogar“ müssen Sie erläutern!)

Also insofern weiß ich nicht, was Sie jetzt genau wissen wollen.

Vorsitzender Matthias Goeken: Ich sehe jetzt keine Fragen mehr. Somit würde ich diesen Tagesordnungspunkt mit der Dringlichen Frage schließen.

2 Zügigere Entfernung und Verwertung rechtswidrig abgestellter Kraftfahrzeuge mittels Beseitigungsanordnungen sowie Vollstreckung im Wege des Sofortvollzugs

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3309

(Überweisung des Antrags an den Verkehrsausschuss am 09.03.2023)

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und die Details dazu im Rahmen einer Obleuterunde am Rande der nächsten Plenarsitzungen zu klären.

3 Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung in Nordrhein-Westfalen umsetzen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2566

Ausschussprotokoll 18/190

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – federführend – sowie an den Verkehrsausschuss und den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung am 25.01.2023)

Der Ausschuss kommt überein, zu dem Antrag kein Votum abzugeben.

4 **Leistungsfähigkeit des Rheins als Wasserstraße und logistische Lebensader erhalten**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/611

Ausschussprotokoll 18/172

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung des Antrags an den Verkehrsausschuss am
31.08.2022)*

Christof Rasche (FDP) erläutert, in der Anhörung hätten der BUND und andere Verbände insbesondere Bau-, Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen kritisch gesehen. Andere hätten die Maßnahmen für notwendig erachtet und eine schnelle Umsetzung gefordert. Er selbst habe sich im Ausschuss bereits für ein koordiniertes Vorgehen der betroffenen Länder ausgesprochen. So koordinierten am Mittelrhein die grünen Umweltminister von Hessen, Tarek Al-Wazir, und von Baden-Württemberg, Winfried Hermann, ihre diesbezüglichen Anstrengungen ebenfalls. Nordrhein-Westfalen teile gemeinsame Interessen mit Belgien und den Niederlanden, insbesondere mit Blick auf die Häfen von Antwerpen und Rotterdam. In Berlin stehe man in Konkurrenz zu anderen Playern mit anderen Anliegen, weswegen er ein gemeinsames Auftreten befürworte.

Er danke insofern für die mit CDU und Grünen geführten Gespräche, die jedoch kein Ergebnis erbracht hätten. Er halte den vorliegenden Antrag dennoch für wichtig, richtig und gut; daher hoffe er, einen gemeinsamen Weg zu finden.

Er habe im Ausschuss eine breite Befürwortung der Stärkung der Binnenschifffahrt wahrgenommen, so **Oliver Krauß (CDU)**. Diese sei wichtig für Industrie und Logistik in NRW. Trotz Verbesserungsbedarf bei den Antrieben könne der Transport auf den Wasserwegen klimafreundlicher als auf anderen Wegen betrieben werden.

Er begrüße den Konsens über den Titel des Antrags. Die Gespräche nach der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses seien vom ernsthaften Bemühen getragen gewesen, zu einer gemeinsamen Initiative zu gelangen. Dass es diese nicht gegeben habe, rechne er der politischen Gesamtkonstellation zu. So handele der Bundesverkehrsminister anders, als er, Krauß, sich das vorstelle. Beispielsweise enthalte das Genehmigungsbeschleunigungsgesetz kein einziges Wasserstraßenprojekt. Das werde der Bedeutung dieses Verkehrsträgers nicht gerecht. Auch passten einige der im Ampel-Koalitionsvertrag erwähnten Maßnahmen nicht zu den Aussagen des Bundesverkehrsministers.

Wesentliche Punkte aus der Anhörung fehlten im Beschlussteil des Antrags, etwa den Fachkräftemangel, die Förderung klimaneutraler Antriebe oder den Einsatz für eine verlässliche Finanzierung betreffend. Er bedaure, dass kein Konsens habe erreicht

werden können – trotz großer Übereinstimmung bei der Zielsetzung des Antrags. Er betone, dass man sich nicht am Ende der Debatte befinde. Vielmehr wolle man den begonnenen Weg fortsetzen. Er kündige an, einen weiteren Antrag einbringen zu wollen, um diese Ziele auch zu erreichen.

Michael Röls (GRÜNE) verweist auf seine Ausführungen zum Antrag in einer der letzten Ausschusssitzungen, an denen sich nichts verändert habe, zumal der Antrag weiterhin unverändert vorliege.

Auch er begrüße die Suche nach einem gemeinsamen Vorgehen. Er würde sich freuen, wenn es gelänge, das Thema in Zukunft gemeinsam voranzubringen. Am meisten helfe dem Thema der Binnenschifffahrt in NRW ein Bundesverkehrsminister weiter, der sich dafür interessiere. Er rufe auf, die zur Verfügung stehenden Kanäle nach Berlin zu nutzen, um für das Thema zu werben.

Frank Börner (SPD) dankt der FDP-Fraktion für den in Rede stehenden Antrag und für die dadurch angestoßene Diskussion. Er bedaure, dass die regierungstragenden Fraktionen die Chance verpasst hätten, zu einer einheitlichen Linie zu gelangen. Eine gemeinsame Positionierung nach den zwischenzeitlich geführten Gesprächen hätten CDU und Grüne nicht gewollt. Die Binnenschifffahrt benötige dringend mehr Unterstützung vom Bund. Zwar könne man auf den Bundesverkehrsminister hinweisen, jedoch halte er eine starke Landesregierung ebenfalls für hilfreich, die der Infrastruktur für den hiesigen Wirtschaftsstandort die höchste Priorität einräume.

Im Rahmen des Hafenfrühstücks am heutigen Morgen habe Herr Krauß deutlich gemacht, dass man politisch nach vorn gehe. Seine Äußerungen in der heutigen Ausschusssitzung stünden dem diametral gegenüber. Er habe sich dadurch extrem unglaubwürdig gemacht. Irgendwann solle eine Initiative der Koalitionsfraktionen erfolgen; das bleibe im Ungefähren.

Er halte es im Hinblick auf das steigende Güteraufkommen absurd, Wasserwege nicht auszubauen, so **Andreas Keith (AfD)**. Durch eine Rheinvertiefung könnten die Voraussetzungen für eine permanente Befahrbarkeit des Flusses geschaffen werden. Seine Fraktion habe zu diesem Thema bereits 2019 einen entsprechenden Antrag gestellt. Er wünsche der FDP viel Glück bei der Abstimmung, fürchte jedoch, dass auch ihr Antrag abgelehnt werde, auch wenn seine Fraktion ihm zustimmen werde.

Christof Rasche (FDP) entgegnet, er habe seinen ersten Beitrag zur Wasserstraße Rhein etwa im Jahr 2001 getätigt. Die FDP habe sich länger als die AfD mit diesem Thema befasst.

Das Verfahren im Rahmen des Planungsbeschleunigungsgesetzes liege auf Eis, da es keine Einigung der Koalition gebe. Der vom Bundesverkehrsminister eingebrachte Vorschlag habe einen Kompromiss dargestellt; er habe acht Maßnahmen an Wasserstraßen enthalten, drei davon in Nordrhein-Westfalen. Dieser sei in der Koalitionsrunde von den Grünen vehement abgelehnt worden. Nach weiteren Gesprächen habe Volker

Wissing den Vorschlag gemacht, wenigstens die Maßnahme Mittelrhein, die dieser für die wichtigste Maßnahme halte, in die Liste der planungsbeschleunigten Projekte aufzunehmen. Umweltministerin Lemke habe auch dies abgelehnt. Dementsprechend sei nun in der Liste keine einzige Maßnahme im Bereich der Wasserstraßen enthalten. Das liege nicht an Volker Wissing, sondern ausschließlich an den Grünen.

Der Antrag seiner Fraktion wolle unterstreichen, dass sich in diesem Bereich etwas passieren müsse. Er erhöhe die Optionen, sich in Berlin für die Aufnahme dieser Maßnahmen einzusetzen.

Oliver Krauß (CDU) widerspricht Herrn Börner, denn es habe sehr wohl guten Willen gegeben. Die geführten Gespräche habe er, Krauß, als angenehm und konstruktiv empfunden. Die Zwänge, in denen sich die FDP-Fraktion im Landtag angesichts des FDP-Bundesverkehrsministers befinde, seien gerade nochmals angeklungen.

Er widerspreche ihm umso entschiedener mit Blick auf seine Äußerungen hinsichtlich der fehlenden Glaubwürdigkeit. Die von ihm, Krauß, angekündigte Initiative werde nicht irgendwann, sondern zeitnah, noch in diesem Halbjahr, erfolgen.

Er schließe sich den Äußerungen von Herrn Röls an, denen zufolge die Tür nicht zugeschlagen sei. Dass Interesse an einer gemeinsamen Lösung bestehe, zeige unter anderem die Tatsache, dass die Koalitionsfraktionen ernsthaft um eine Fortsetzung der Gespräche geworben hätten. Er bedaure, dass dabei kein Konsens habe gefunden werden können.

Minister Oliver Krischer (MUNV) weist die Äußerungen zurück, denen zufolge sich die Landesregierung nicht oder nicht genug für das in Rede stehende Thema engagiere. Vielmehr kümmere sie sich intensiv um die Binnenschifffahrt. Als einen unter vielen Belegen hierfür nenne er die am 4. Mai 2023 in Mannheim stattfindende Rheinkonferenz, die auch auf Initiative Nordrhein-Westfalens zurückgehe. Bei den diesbezüglichen Anliegen sehe er eine hohe Übereinstimmung mit Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg.

Er selbst habe sich im Plenum ausdrücklich für Raumplanung und -optimierung am Mittelrhein ausgesprochen. Damals sei er von Herrn Rasche dafür kritisiert worden, weshalb ihn dessen jetzige Äußerungen sehr verwunderten.

Lediglich die Ablageoptimierung in den Blick zu nehmen, reiche aus seiner Sicht nicht, vielmehr müssten auch Aspekte wie Flottenoptimierung, Ausbau der Logistik und Investitionen in das Kanalnetz thematisiert werden. Die Reduzierung dieser Mittel durch den Bund stelle ein riesiges Problem für Nordrhein-Westfalen dar, zumal die Betriebsfähigkeit des Kanalnetzes infrage stehe. Dass Bundesverkehrsminister Wissing seine Teilnahme an der Rheinkonferenz abgesagt habe, bedaure er, Krauß, in diesem Kontext ausdrücklich.

Christof Rasche (FDP) räumt ein, dass sich die Landesregierung und insbesondere Minister Krischer für die Vertiefung des Mittelrheins und die entsprechende Maßnahme

eingesetzt hätten. Diese sei auch für Nordrhein-Westfalen wichtig. Falls er, Rasche, sich missverständlich ausgedrückt habe, sei dies falsch.

Er sehe die Notwendigkeit, dass sich Nordrhein-Westfalen nicht nur für eine einzige, sondern für alle drei Maßnahmen im vordringlichen Bedarf, die NRW betreffen, einsetze. Diese klare Positionierung fehle ihm bis heute.

Minister Oliver Krischer (MUNV) macht deutlich, dass sich die Landesregierung selbstverständlich zu den Maßnahmen der Binnenschifffahrt im Bundesverkehrswegeplan bekenne. Aus seiner Sicht gehe es jedoch nicht, dass ihm Herr Rasche den Vorwurf mache, sich zu den Maßnahmen am Mittelrhein bekannt zu haben.

Christof Rasche (FDP) wirft ein, dass in zwei Tagen die Frist ablaufe – auch für ein klares Bekenntnis zur Binnenschifffahrt.

Der Verkehrsausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

Vorsitzender Matthias Goeken unterstreicht, bei der Binnenschifffahrt handele es sich um ein wichtiges Thema für den Verkehrsausschuss. Er sehe daher der Informationsreise nach Amsterdam und Antwerpen zum Thema „Seehäfen“ mit Freude und Interesse entgegen.

5 Sachstand und Entwicklungsperspektiven beim E-Tarif eezy.nrw (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1115

Carsten Löcker (SPD) betont die Wichtigkeit der Marktdurchdringung für den Weg von eezy.nrw zur Marke. Der Bericht mache indes keine Angaben zur Wirkung und zur Anwendung in den Verkehrsunternehmen. Dies bedaure er, zumal es sich dabei um den Grund für die Beantragung dieses Berichts gehandelt habe. Das Ministerium sei offensichtlich nicht in der Lage, dezidierte Informationen über die Marktdurchdringung bei den Verkehrsunternehmen einzuholen. Einige Unternehmen führten beispielsweise zwei Apps mit Blick auf die Verwendung von eezy.nrw.

Immer noch stehe die Frage im Raum, ob, wenn in den Verkehrsunternehmen die App Anwendung finde, sie die gewünschte Entwicklung in Richtung Markenbildung befördere. Auch bleibe das Verhältnis zum Deutschlandticket ungeklärt. Er könne nicht erkennen, ob es sich bei eezy eher um eine Cashcow oder um eine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme mit Blick auf die Durchfinanzierung dieses Tickets handele.

Er lasse sich nicht von den genannten Zahlen blenden. Es gehe bei den formulierten Anforderungen nicht nur um kilometerbasierte Fahrten, sondern auch um die Prüfung, welche Angebote sich wo lohnten. Er bitte darum, vernünftige Zahlen auf den Tisch zu legen, die eine Bewertung ermöglichen, was eigentlich laufe. Er wisse in diesem Zusammenhang, dass die Tarifhoheit bei den Zweckverbänden liege.

Daniel Scheen-Pauls (CDU) macht auf die Existenz des Tickets seit 2021 sowie auf die zwischenzeitlich aufgetretene Coronapandemie, das 9-Euro- und das Deutschland-Ticket aufmerksam. Die Verkehrsunternehmen und -verbände verfügten nicht über riesige Teams von Technikern, Entwicklern und Programmierern, sodass eine gewisse Priorisierung selbstverständlich erscheine.

Ausweislich des vorliegenden Berichts existierten 227.000 Nutzer, monatlich kämen 18 % mehr hinzu; die Talsohle schein damit durchschritten. Eine Vereinfachung halte er für gut, um Gelegenheitskunden mitzunehmen. Die Umsetzung des eezy-Tarifs in 33 Apps halte er für beachtlich, zumal dadurch das Ticket in ganz Nordrhein-Westfalen genutzt werden könne. Viele Aspekte kämen aufgrund des Deutschland-Tickets neu hinzu, und Anpassungen müssten technisch umgesetzt werden. Das zu dramatisieren, halte er für unverhältnismäßig. Darüber hinaus freue ihn, dass der Bericht auch Ausführungen zu den Weiterentwicklungspotenzialen mache, die der Antrag vom 9. März enthalte.

Ina Besche-Krastl (GRÜNE) weist auf den Unterschied zwischen Tarifen und einer Anwendung hin. So könne man eezy nicht kaufen, vielmehr kaufe man Tickets bei eezy. Viele Bundesländer beneideten NRW um diese Anwendung. Sehr viele Anwen-

dungen würden in einer einzigen App konzentriert. Dadurch könne etwa der Verunsicherung bei der Auswahl des Tarifs vorgebeugt werden, auch Pannen von Verkaufsautomaten fielen angesichts der App-Lösung zukünftig weniger stark ins Gewicht.

Carsten Löcker (SPD) stellt klar, dass es sich bei der genannten Zahl von 227.000 um Fahrten, nicht um Nutzer handle. Gehe man von einem 30-tägigen Monat und einer Hin- und einer Rückfahrt pro Tag aus, komme man auf etwa 3.700 Kunden pro Monat. Er wolle nichts schlechtreden, sich aber auch keine Geschichten erzählen lassen, die eine gewisse Dynamik auslösten.

Daniel Scheen-Pauls (CDU) entgegnet, wenn man dem Bericht folge, handle es sich um 227.000 Nutzer, die im Februar unterwegs gewesen seien.

Carsten Löcker (SPD) wirft ein, es handle sich um Fahrten, nicht um Nutzer.

Daniel Scheen-Pauls (CDU) setzt fort, es die Häufigkeit pro Monat und Kunde liege bei fünf Fahrten. Man bewege sich in die richtige Richtung, auch wenn die Zahlen noch ausbaufähig seien.

Kein einziges Bundesland verfüge über eine solche Anwendung, so **Minister Oliver Krischer (MUNV)**. Alle anderen Bundesländer beneideten Nordrhein-Westfalen darum, dass es diese Anwendung hinbekommen habe. Dieses Lob könne er beruhigt aussprechen, da es sich nicht um Selbstlob handle, sondern die Leistung schon vor seiner Amtszeit erfolgt sei.

Zwar könne man immer nach Verbesserungen streben, allerdings wolle er festhalten, dass es sich bei eezy um ein absolutes Premiumprodukt mit 30.000 Nutzerinnen und Nutzern handle – bei steigender Tendenz. Die monatliche Steigerungsrate betrage 18 %, jedoch sehe er noch Luft nach oben. Das Produkt solle in der Breite genutzt werden.

Er hebt sodann die bestehende Vielfalt von 33 Apps in diesem Bereich hervor. Die Landesregierung habe den Einsatz von eezy bei den Verkehrsunternehmen gefördert; diese Förderung sei breit genutzt worden. Mit Unterstützung der Landesregierung hätten Verkehrsunternehmen und Verbände den Preisdeckel in Höhe von 49 € eingeführt. Damit seien eine Preiskontrolle und ein großer Anreiz geschaffen worden, eezy in Zukunft zu nutzen. So hoffe man, auch der Zielgruppe, die das Deutschland-Ticket im Abo nicht nutze, weil sie nicht so viel fahre, ein hochattraktives Angebot zu schaffen.

Er bitte die Anwesenden, dieses Angebot bekannter zu machen. Sein Haus werde dies im Rahmen der bescheidenen finanziellen Möglichkeiten hierfür an vielen Stellen ebenfalls tun. Er gehe aufgrund der Vorzüge von eezy und insbesondere aufgrund seiner Einfachheit davon aus, dass sich dieses Instrument zu einer Erfolgsgeschichte entwickeln werde.

6 Lückenschluss der BAB 46 zwischen Hemer und Arnsberg: Was gilt denn nun? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1127

Christin-Marie Stamm (SPD) dankt für den Bericht, der jedoch aus Sicht ihrer Fraktion etwas dünn ausfalle, zumal er keine Informationen zum weiteren Fortgang des Projekts enthalte. Der Medienberichterstattung habe entnommen werden können, dass die Landesregierung mit dem Bund über das Projekt sprechen wolle. Sie frage nach dem Sachstand und nach neuen Erkenntnissen.

Minister Oliver Krischer (MUNV) bekräftigt, dabei handele es sich um ein Projekt des Bundes. Nur dieser entscheide über seine Fortführung. Der Bund habe die Überarbeitung des Bedarfsplans in Aussicht gestellt. In der Folge würden Diskussionen um einzelne Projekte im öffentlichen Raum geführt. Bei diesem Projekt plane das Land gemeinsam mit dem Bund; das stelle für beide Seiten eine Herausforderung dar, weil man nicht wisse, ob es diesbezüglich zu einer Überarbeitung des Bedarfsplanes komme oder nicht. Trotz entsprechender Nachfragen habe der Bund dem Land keine Mitteilungen gemacht, dass Änderungen anstünden. Entsprechend dem gesetzlichen Auftrag vonseiten des Bundes plane NRW dieses Projekt weiter. Der zweite UVS-Beteiligungstermin stehe nun bevor; danach werde der weitere Planungsverlauf besser erkennbar.

Christof Rasche (FDP) ruft in Erinnerung, während der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene in Berlin habe ein Koalitionspartner ein Moratorium zum Bundesverkehrswegeplan Straßen verlangt, was die anderen beiden Partner abgelehnt hätten.

Nun stehe eine pauschale Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans Straßen an. Wesentliche Veränderungen bei Maßnahmen müssten Berücksichtigung finden. Keinesfalls sei eine Neubewertung jeder einzelnen Maßnahme vorgesehen. Er hoffe, dass sich die Koalition und der Minister ebenso klar zu A46 und B7 wie eben bei den Wasserstraßen äußerten.

Einen Tag vor der Einigung der Ampelkoalition auf das Planungsbeschleunigungspaket habe Minister Krischer das Projekt A 46 gleichsam beerdigt, so **Gordan Dudas (SPD)**. Nach dem Bekanntwerden der Einigung in Berlin habe er diese Beerdigung mehr oder weniger rückgängig gemacht. Daher habe die SPD-Fraktion die vorliegende Berichts-anfrage gestellt. Der Minister sei auf die gestellten Fragen nicht eingegangen, sondern habe lediglich den aktuellen Sachstand referiert. Auch vermisse er, Dudas, Informationen über die Positionierung der Landesregierung zur Ausbaunotwendigkeit – in diesem Zusammenhang helfe es nicht, immer nur auf den Bund zu verweisen – und eine Bewertung der Position der Ausbaugegner.

Beschlossene Maßnahmen müssten umgesetzt werden, wiewohl die Grünen immer wieder das Gegenteil suggerierten. Daher wolle er vom Minister erfahren, wie er dies einschätze.

Martin Metz (GRÜNE) betont, der gültige Bedarfsplan enthalte die Ausbauvorhaben von A46 und B7. Er erinnere an die Formulierung im Koalitionsvertrag:

Dazu werden wir parallel zur laufenden Bedarfsplanüberprüfung einen Dialogprozess mit Verkehrs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden starten, mit dem Ziel einer Verständigung über die Prioritäten bei der Umsetzung des geltenden Bundesverkehrswegeplans. Bis zur Bedarfsplanüberprüfung gibt es eine gemeinsame Abstimmung über die laufenden Projekte.

Hiernach erfolge nicht automatisch eine Umsetzung des Beschlossenen, sondern vielmehr eine Überprüfung und eine Verständigung über die Prioritäten. Er wolle erfahren, wie die SPD den Lückenschluss bewerte, zumal die SPD vor Ort in Menden oder Arnsberg das Projekt ablehne. Er fordere die SPD auf, Farbe zu bekennen, damit Nordrhein-Westfalen in Berlin Einfluss nehmen könne.

Minister Oliver Krischer (MUNV) unterstreicht den gesetzlichen Auftrag der Landesregierung, die im Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Projekte umzusetzen. Vielen Projekten stünden begrenzte Ressourcen entgegen, weshalb die Umsetzung dauere. Das in Rede stehende Projekt sei bereits seit 1974 geplant. Über die Zukunft des Projekts müsse am Ende in Berlin entschieden werden. Er hege indes Zweifel, ob die Umsetzung aller beschlossenen Projekte bis 2030 erfolgt sei. Die Landesregierung werde ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen, nicht jedoch Stellungnahmen zu einzelnen Projekten bewerten oder sich zu eigen machen.

Christof Rasche (FDP) findet, die Beschreibung stimme: Der jetzige Bundesverkehrswegeplan bleibe unverändert, der nächste Bundesverkehrswegeplan 2040 werde voraussichtlich erst in der nächsten Legislaturperiode erarbeitet, und zwischendurch werde ein Dialogverfahren durchgeführt. Das bedeute nicht Stillstand, zumal der jetzige Plan gelte.

Dass nicht alle Projekte gleichzeitig umgesetzt werden könnten, habe bereits der damalige Verkehrsminister Mike Groschek gesagt, so **Gordan Dudas (SPD)**. Deswegen existiere die Priorisierungsliste, die 66 Projekte für das Land NRW enthalte. Er halte es für wünschenswert, dass sich die Landesregierung dazu positioniere; die Frist laufe bis übermorgen.

7 Sachstand Rheinbrücke der B 288 in Krefeld (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1128

Frederick Cordes (SPD) bitte um nähere Informationen zur Überprüfung zur Einhaltung der Ablastungsmaßnahmen, etwa der Geschwindigkeitsbegrenzungen, sowie zur Bauwerksprüfung. Die Ausführungen hierzu bei der Antwort auf Frage 8 stünden für ihn im Widerspruch zur Antwort auf Frage 4; denn in über 100 Jahren hätte bei den Prüfungen etwas auffallen müssen, zumal ausweislich der Antworten der verwendete Stahl schon zur Entstehungszeit der Brücke nicht den Anforderungen entsprochen habe. Schließlich wolle er erfahren, was mit den übrigen 28 Rheinbrücken passiere und ob sich gegebenenfalls ein Brückengipfel in Planung befinde.

MR Achim Frieling (MUNV) berichtet, derzeit werde die Ablastung vorbereitet. So werde ein Verkehrstermin zusammen mit den betroffenen Kommunen und Verkehrsbehörden stattfinden. Im Rahmen dieses Termins werde sicherlich auch die Möglichkeit einer erweiterten Prüfung besprochen. Der landwirtschaftliche Verkehr solle auch weiterhin freigegeben werden; an den entsprechenden Prüfungen werde derzeit gearbeitet.

Zur Systematik der Bauwerksprüfung verweise er auf seine diesbezüglichen Ausführungen in einer der letzten Sitzungen dieses Ausschusses und die beiden Säulen Bauwerksprüfung – äußere Inaugenscheinnahme – und Nachrechnung. Viele Bauwerke, darunter auch einige Rheinbrücken und insbesondere diejenigen, die im Zweiten Weltkrieg gesprengt und mit Altmaterial wiederaufgebaut worden seien, würden in einem strukturierten Verfahren nachgerechnet. Diese Nachrechnung habe das Bestehen von Materialdefiziten ergeben, was einerseits eine Ablastung erforderlich mache, andererseits jedoch eine Verstärkung nicht zulasse. Das Bauwerk habe ein beträchtliches Alter erreicht; er finde, dass sich die Systematik bewährt habe. Bisher hätten bei der Bauwerksprüfung Schäden im Zusammenhang mit einer Überlastung nicht festgestellt werden können. Derzeit gehe es darum, das Bauwerk bis zur Errichtung eines Ersatzneubaus zu schützen.

Die eigene Baulast erstrecke sich auf insgesamt vier Rheinbrücken. Die Rheinbrücke Wesel bedürfe aufgrund ihres jungen Alters keiner Nachrechnung. Die Brücke in Emmerich werde man weiterhin im Blick behalten müssen; Nachrechnungen fänden statt. Weitere Bauwerke befänden sich in der Baulast anderer Baulastträger.

An der von der Autobahngesellschaft initiierten Rheinbrückenkonferenz beteilige sich das Land.

Im Anschluss an diese Ausführungen bekräftigt **Minister Oliver Krischer (MUNV)**, sein Haus den jeweiligen Zustand der Rheinbrücken sehr genau im Auge, um frühzeitig und möglichst schnell reagieren zu können. Die auftretende Dynamik entziehe sich

politischen Wünschen und Stellen jedoch an verschiedenen Stellen. Wenn die Brücken bestimmte Tragfähigkeiten nicht mehr aufwiesen, müssten Konsequenzen gezogen werden. Man versuche, die Voraussetzungen zu schaffen, dass Maßnahmen wie Ersatzneubauten möglichst ohne Sperrungen auskämen.

Auf die Nachfrage von **Gordan Dudas (SPD)** zur Durchführung der Ablastung antwortet **MR Achim Frieling (MUNV)**, im Rahmen des Verkehrstermins werde darüber gesprochen. Die Überprüfung der verkehrsrechtlichen Anordnungen obliege der Polizei. In der Regel würden verstärkte Kontrollen angeregt. Am Bauwerk befinde sich eine Messeinrichtung, ein Selektionssystem über Kontaktschleifen, zur Erfassung der Fahrzeugarten. Eine entsprechende Auswertung könne erweisen, ob die entsprechenden Gebote eingehalten würden. An Ausnahmeregelungen für den landwirtschaftlichen Verkehr werde gearbeitet. Fachleute erachteten Überschreitungen in einem engen Maß für unkritisch.

Von **Frank Börner (SPD)** befragt, wie sich der weitere Ablauf gestalte, etwa mit Blick auf Planungen für einen Neubau oder eine Kernsanierung und auf die Nutzung durch größere Lkw, führt **LMR Dr.-Ing. Markus Mühl (MUNV)** aus, erste Stakeholdergespräche seien unter anderem mit Currenta, der IHK und den Akteuren vor Ort geführt worden. Der Landesbetrieb sei schnell und umfassend tätig geworden. Die Umleitungen seien mit der Autobahn GmbH abgestimmt worden. Der Landesbetrieb habe einen Planungsauftrag für den im Bedarfsplan ausgewiesenen Teilstreckenabschnitt erhalten. Die UVS befinde sich kurz vor dem Abschluss, sodass die Planungen forciert fortgesetzt werden könnten. Auch ein Termin mit der Bundesseite zur Abstimmung des weiteren Fortgangs sei anberaumt worden.

Auf die Rückfrage von **Gordan Dudas (SPD)** zur Notwendigkeit eines Planfeststellungsverfahrens vor dem Hintergrund eines Ersatzneubaus weist **LMR Dr.-Ing. Markus Mühl (MUNV)** auf die wesentlich komplexere Situation als bei allen anderen Bauwerken hin, etwa mit Blick auf den bestehenden Denkmalschutz, der einen Ersatz 1 : 1 schwierig erscheinen lasse. Dies werde mit den Denkmalschutzbehörden geklärt. Der Abriss stelle die schnellste Lösung dar, wovon er aber aufgrund der bestehenden Gesetzeslage nicht ausgehe. Die Errichtung von Bauwerken neben der Brücke müsse ebenfalls mit den Denkmalschutzbehörden abgestimmt werden. Darüber hinaus müsse auch eine Abstimmung in Sachen Deichrückverlegung erfolgen.

8 Verschiedenes

a) Verlegung des Termins der Novembersitzung

Vorsitzender Matthias Goeken teilt mit, der Haushalts- und Finanzausschuss habe seinen Beratungsfahrplan zu den Haushaltsberatungen 2024 mitgeteilt. Alle Fachausschüsse müssten bis zum 10. November 2023 ihre Voten gemeldet haben. Die Obleute hätten sich auf eine Lösung verständigt.

Der Verkehrsausschuss kommt überein, die für den 15. November 2023 geplante Sitzung auf den 8. November 2023 vorzuziehen.

b) Sitzungstermine 2024 (s. Anlage 5)

Vorsitzender Matthias Goeken erläutert, die in der Tischvorlage aufgeführten Sitzungstermine für 2024 seien mit den Obleuten und dem MUNV abgestimmt.

Der Verkehrsausschuss bestätigt die vorliegenden Sitzungstermine für 2024 gemäß Anlage 5.

c) Informationsreise zu den Seehäfen von Amsterdam und Rotterdam, 16./17. August 2023

Vorsitzender Matthias Goeken informiert, laut Übereinkunft der Obleute solle die Reise mit einem Bus zu den Themen niederländisches Planungsrecht, Infrastrukturausbau, Digitalisierung, Pipelines, LNG-Terminals, Wasserstoffinfrastruktur erfolgen und Hafenerundfahrten umfassen. Im Falle der Genehmigung durch das Präsidium werde die im betreffenden Zeitraum geplante Ausschusssitzung voraussichtlich entfallen.

Der Verkehrsausschuss kommt überein, die Informationsreise durchführen zu wollen.

gez. Matthias Goeken
Vorsitzender

5 Anlagen

16.05.2023/16.05.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn
Matthias Goecken (MdL)
Vorsitzender des Verkehrsausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Gordan Dudas (MdL)

Verkehrspolitischer Sprecher
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2413
gordan.dudas@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

25.04.2023

Anmeldung einer Dringlichen Frage zum Thema „Inwiefern hat der ehemalige Verkehrsminister Hendrik Wüst Kampagnen zu Straßenbauprojekten für CDU-Abgeordnete aus seinem Ministerbüro organisiert?“ für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 26. April 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit beantrage ich gemäß § 59 der Geschäftsordnung des Landtags eine Dringliche Frage für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 26. April 2023.

Gestern Vormittag hat das Nachrichtenportal t-online über Regierungsdokumente berichtet, wonach das NRW-Verkehrsministerium im Rahmen des „Masterplans zur Umsetzung des Fernstraßenbedarfsplans“ gezielte Öffentlichkeitsarbeit für Abgeordnete der CDU-Fraktion gesteuert haben soll¹. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Jährlich wurden Projekte nachträglich in den ‚Masterplan‘ aufgenommen. Und acht von zehn lagen in Wahlkreisen, für die CDU-Abgeordnete in den Landtag eingezogen waren. Damit wurde sogar geworben. Wüsts Büroleiter Thomas Dautzenberg orchestrierte die Öffentlichkeitsarbeit.“ Offenbar soll das Verkehrsministerium Fototermine mit den CDU-Abgeordneten geplant und dafür eigens Bauplanungsposter erstellt haben. Tatsächlich lassen sich im Internet Berichte und Fotos finden, die den damaligen Verkehrsminister Wüst gemeinsam mit CDU-Abgeordneten dabei zeigen, wie sie die Poster präsentieren.² Die Fotos

¹ https://www.t-online.de/region/dortmund/id_100159656/gesperrte-a45-bruecke-rahmede-bei-luedenscheid-cdu-profitierte-von-wuests-plan.html

² <https://lokalklick.eu/2019/02/05/start-frei-fuer-die-b-528-ortsumgehung-kamp-lintfort/>

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



selbst scheinen zwar von der CDU-Fraktion gemacht worden zu sein. Planung und Organisation erfolgte dem Bericht zufolge aber über das Verkehrsministerium, das der parteipolitischen Neutralität verpflichtet ist. Hierzu heißt es bei t-online: „Die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums hatte für die CDU-Fraktion nicht nur den Vorteil, dass sie sich um die Poster keine Gedanken machen musste. Beim gemeinsamen Fototermin war auch keine einzige andere Fraktion anwesend.“

Hierdurch steht der Eindruck im Raum, dass das Verkehrsministerium Regierungs- und Parteihandeln miteinander vermischt hat. Es ist dringend notwendig, hierzu gegenüber der Öffentlichkeit Klarheit zu schaffen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass die Landesregierung im allgemeinen und nicht allein im parteipolitischen Interesse agiert.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

„Inwiefern hat der ehemalige Verkehrsminister Hendrik Wüst Kampagnen zu Straßenbauprojekten für CDU-Abgeordnete aus seinem Ministerbüro organisiert?“

Mit freundlichen Grüßen

Gordan Dudas

<https://lokalklick.eu/2019/02/05/b288-ausbau-wird-priorisiert/>



3SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr
Herrn Matthias Goeken MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Gordan Dudas MdL
Sprecher für den Arbeitskreis Verkehr

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 2413
Fax: 0211 - 884 3222
gordan.dudas@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

28. März 2023

Beantragung eines Tagesordnungspunkt mit schriftlichem und mündlichem Bericht für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 26. April 2023

Hier:

Sachstand und Entwicklungsperspektiven beim E-Tarif eazy.nrw

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

mit eazy.nrw bewirbt die Landesregierung einen elektronischen Tarif für den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen. Dabei wird der Beförderungspreis für die zurückgelegte Strecke auf Basis der Luftlinie zwischen Start und Ziel digital berechnet. Mit eazy.nrw checkt der Fahrgast via Smartphone beim Einstieg in Bus oder Bahn ein und beim Aussteigen checkt er wieder aus. Der Ticketpreis für die Fahrt berechnet sich aus einem fixen Grundpreis und der Luftlinie in Kilometern zwischen Start und Ziel. Er wird über die jeweilige Mobilitäts-App des Kunden abgerechnet.

Im Koalitionsvertrag sprechen die Regierungsparteien von CDU und Bündnis 90/Die Grünen davon, dass Nordrhein-Westfalen bereits heute mit dem E-Tarif eazy.nrw bundesweit führend bei einem einfachen Zugang zum ÖPNV sei.

Im Rahmen der erforderlichen und umfassenden Verkehrswende sind digitalisiert und direkt abgerechnete Tarife für ganz Nordrhein-Westfalen ein unverzichtbares Standbein im Bereich der Kundenfreundlichkeit, das zum Gelingen der Verkehrswende einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Aufgrund der großen Bedeutung des Themas für die Zukunft eines kundenfreundlichen Öffentlichen Personenverkehrs in Nordrhein-Westfalen, ist es von großem Interesse, wie sich der Sachstand und die Entwicklungsperspektiven von eazy.nrw konkret darstellen. Deshalb bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen wie mündlichen Bericht zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 26. April 2023.

Der Bericht soll dabei insbesondere folgende Fragen beantworten:

1. In welchem Umfang wird eezy.nrw heute von wie vielen Kunden genutzt?
2. Wie viele Verkehrsunternehmen in NRW beteiligen sich derzeit an eezy.nrw?
3. Welche flächendeckende Wirkung für das Land Nordrhein-Westfalen ergibt sich derzeit durch das Angebot von eezy.nrw?
4. Welche Entwicklungsperspektive sieht das Land für ein flächendeckendes Angebot dieses E-Tarifs mit einer einheitlichen App?
5. Welche Haupt-Hemmnisse sieht die Landesregierung bei der weiteren Entwicklung dieses Angebotes?
6. Wie gedenkt die Landesregierung Entwicklungshemmnisse zu überwinden, um zu einer deutlichen Erhöhung des Innovationstempos im Bereich des E-Ticketings zu kommen?

Mit freundlichen Grüßen

Gordan Duda



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn
Matthias Goecken (Mdl)
Vorsitzender des Verkehrsausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Gordan Dudas (Mdl)

Verkehrspolitischer Sprecher
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2413
gordan.dudas@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

31.03.2023

Beantragung eines Tagesordnungspunktes mit schriftlichem und mündlichem Bericht für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 26.04.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 26.04.2023 folgenden Tagesordnungspunkt mit schriftlichem und mündlichem Bericht:

Lückenschluß der BAB 46 zwischen Hemer und Arnsberg: Was gilt denn nun?

Landesverkehrsminister Oliver Krischer hat am 28. März faktisch einen Planungsstopp für „46sieben“, den Lückenschluss der A46 zwischen Hemer und Arnsberg und den Weiterbau der mehrspurigen Bundesstraße 7 bis Neheim, verkündet. Im aktuell gültigen Bundesverkehrswegeplan wird der Autobahn-46-Lückenschluss gleichwohl weiter als „vordringlich“ aufgeführt. Einen Tag, nachdem Landesverkehrsminister Krischer den Planungsstopp für den Lückenschluss verkündet hatte, ruderte er zurück. Verkündet wurde nun, dass der Autobahnabschnitt sehr wohl weiter geplant werde. Dieses Informationschaos hat Menschen, Kommunen und Wirtschaft in der Region sehr verunsichert.

Wir bitten angesichts dieser aktuellen Ereignisse um einen eigenen Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 26. April 2023. Die Landesregierung wird gebeten in einem schriftlichen wie mündlichen Bericht mitzuteilen, welcher Sachstand denn nun gilt.

Dabei soll insbesondere beantwortet werden:

1. Wie bewertet die Landesregierung den besagten Lückenschluss der A46 und die optimierte Anbindung an die B 7 insgesamt, mit Blick auf die Wirtschaft und die Anbindung der Region an das Fernstraßennetz in NRW?
2. Gibt es innerhalb der Landesregierung verschiedene Sichtweisen bezüglich des Projektes?

3. Wer entscheidet letztlich wie sich die Landesregierung NRW hinsichtlich des Projektes und seiner Einordnung im BVWP 2030 und damit hinsichtlich seiner Evaluierung positioniert?
4. Werden die Planungen für den Lückenschluss weitergeführt oder nicht?
5. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Realisierung des Projektes bei?
6. Wie steht die Landesregierung zur Position der SIHK zum Projekt Lückenschluss der A46?
7. Wie steht die Landesregierung zur von der Gruppeninitiative „GigA46“ vorgebrachten Kritik am Projekt Lückenschluss der A46?

Mit freundlichen Grüßen



Gordan Dudas



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn
Matthias Goecken (Mdl)
Vorsitzender des Verkehrsausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Gordan Dudas (Mdl)

Verkehrspolitischer Sprecher
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2413
gordan.dudas@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

12.04.2023

Beantragung eines Tagesordnungspunktes mit schriftlichem und mündlichem Bericht für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 26.04.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 26.04.2023 folgenden Tagesordnungspunkt mit schriftlichem und mündlichem Bericht:

Sachstand Rheinbrücke der B288 in Krefeld

Die Nachricht über den notwendigen Neubau der B288-Rheinbrücke in Krefeld und die Ankündigung von Einschränkungen für Verkehrsteilnehmer ist ein weiterer Beleg für die marode Infrastruktur in Deutschland und besonders in Nordrhein-Westfalen. Wieder muss eine bedeutende Brücke und Rheinquerung erneuert und vorerst abgelastet werden.

Auch für die ansässigen Unternehmen stellt die Sperrung der Rheinbrücke für Fahrzeuge über 30 Tonnen, gerade in der aktuellen Situation, eine große Herausforderung dar.

Erst im vergangenen Jahr hatte es an der Brücke Baumaßnahmen an der schadhafte Fahrbahnübergangskonstruktion gegeben. Für die Sitzung des Verkehrsausschusses im Landtag NRW am 01.03.2023 hatte die Landesregierung in der Vorlage 18/860 sowohl alle Bauwerke in Landeszuständigkeit aufgeführt als auch eine Liste mit allen geplanten Ersatzneubauten vorgelegt. Die B288-Brücke in Krefeld war in dieser Liste (Stand 01.01.2023) noch nicht enthalten. Vor dem Hintergrund der wiederkehrenden Hiobsbotschaften in den verschiedenen Landesteilen sorgt dieses erneute Brückendebakel für weiteren Informationsbedarf.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen Sachstandsbericht insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

1. Wann haben die letzten Prüfungen der Brücke der B288 in Krefeld jeweils stattgefunden? Mit welchen konkreten Ergebnissen? (Bitte Angabe der Jahre, der genauen Prüfintervalle und der jeweiligen Art der Prüfung)
2. Seit wann genau sind die Probleme an der Brücke, die nun zur Notwendigkeit der Erneuerung und der Ablastung führen, bekannt?
3. Wie ist das konkrete Schadensbild der B288-Brücke in Krefeld?
4. Wann gab es erstmals Hinweise, dass ein Neubau der B288-Brücke notwendig ist?
5. Wann und in welcher Form wurden die betroffenen Städte Krefeld und Duisburg bei der Sperrung und den notwendigen weiteren Schritten aufgrund der verkehrlichen Folgen durch die Ablastung der B288-Rheinbrücke beteiligt?
6. Welche konkreten verkehrlichen Maßnahmen müssen aufgrund der Ablastung ergriffen werden?
7. In welchem Umfang müssen Verkehre in Folge der Ablastung umgeleitet werden und gibt es bereits ein Verkehrskonzept, um ein Debakel zu Lasten der Bewohner, wie in Lüdenscheid, zu verhindern?
8. Wie bewertet die Landesregierung die derzeit gültige Prüfnorm DIN 1076 vor dem Hintergrund der wiederkehrenden Problematik von unerwartet abzulastenden Brücken?
9. Gibt es durch das Land neue Bestrebungen bei dem zuständigen Landesbetrieb Straßenbau.NRW eine personelle und finanzielle Stärkung zur Behebung der vorhandenen und Vermeidung weiterer Brückenausfälle herbei zu führen?
10. Und wenn ja wie sehen diese Bestrebungen im Detail aus?

Mit freundlichen Grüßen



Gordan Dudas

Tischvorlage

Terminplan 2024
- 1. Jahreshälfte -

Verkehrsausschuss

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Januar	1	2	3	4	5)	6	7	Weihnachtsferien bis 05.01 sitzungsfrei
	8	9	10	11	12	13	14	Sitzungswoche
	15	16	17	18	19	20	21	Sitzungswoche
Februar	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche
	29	30	31	1	2	3	4	Sitzungswoche
	5	6	7	8	9	10	11	sitzungsfrei
	12	13	14	15	16	17	18	sitzungsfrei
	19	20	21	22	23	24	25	Sitzungswoche
März	26	27	28	29	1	2	3	Sitzungswoche
	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche
	18	19	20	21	22	23	24	Sitzungswoche
April	(25	26	27	28	29	30	31	Osterferien 25.03. - 05.04. sitzungsfrei
	1	2	3	4	5)	6	7	sitzungsfrei
	8	9	10	11	12	13	14	Sitzungswoche Reiseweche
	15	16	17	18	19	20	21	Sitzungswoche
	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche
Mai	29	30	1	2	3	4	5	Sitzungswoche
	6	7	8	9	10	11	12	Sitzungswoche Bedarftermin
	13	14	15	16	17	18	19	Sitzungswoche
	20	(21)	22	23	24	25	26	Pfingstferien 21.05. sitzungsfrei
Juni	27	28	29	30	31	1	2	Sitzungswoche Reiseweche
	3	4	5	6	7	8	9	Sitzungswoche
	10	11	12	13	14	15	16	Sitzungswoche
	17	18	19	20	21	22	23	Sitzungswoche
	24	25	26	27	28	29	30	Sitzungswoche Bedarftermin
Juli	1	2	3	4	5	6	7	Sitzungswoche

- = Plenarsitzungstage
- () = Schulferien
- = Bundesrat

Terminplan 2024
- 2. Jahreshälfte -

Verkehrsausschuss

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
August	(8	9	10	11	12	13	14	sitzungsfrei
	15	16	17	18	19	20	21	sitzungsfrei
	22	23	24	25	26	27	28	sitzungsfrei
	29	30	31	1	2	3	4	sitzungsfrei
	5	6	7	8	9	10	11	sitzungsfrei
	12	13	14	15	16	17	18	sitzungsfrei
	19	20)	21	22	23	24	25	sitzungsfrei
September	26	27	28	29	30	31	1	Sitzungswoche Reiseweche
Oktober	2	3	4	5	6	7	8	Sitzungswoche
	9	10	11	12	13	14	15	Sitzungswoche
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungswoche Bedarftermin
	23	24	25	26	27	28	29	Sitzungswoche
	30	1	2	3	4	5	6	Sitzungswoche
	7	8	9	10	11	12	13	Sitzungswoche
	(14	15	16	17	18	19	20	Herbstferien 14.10.-26.10. sitzungsfrei
21	22	23	24	25	26)	27	sitzungsfrei	
November	28	29	30	31	1	2	3	Sitzungswoche
Dezember	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche
	18	19	20	21	22	23	24	Sitzungswoche
	25	26	27	28	29	30	1	Sitzungswoche
	2	3	4	5	6	7	8	Sitzungswoche
	9	10	11	12	13	14	15	Sitzungswoche
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungswoche
Januar	23	24	25	26	27	28	29	Weihnachtsferien 23.12.-06.01. sitzungsfrei
	30	31	1	2	3	4	5	sitzungsfrei